

Wieder Religion an Zürcher Schulen

Biblische Geschichte hat die Regierung in der Primarschule gestrichen. Der Bildungsrat will nun den Religionsunterricht wieder einführen. Obligatorisch, ohne Abmeldemöglichkeit.

Von Daniel Schneebeili

Zürich. - Die Religion ist der Zürcher Bevölkerung wichtiger als Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) und der Regierungsrat angenommen haben. Jährlich drei Millionen Franken wollten sie sparen, indem sie das Fach Biblische Geschichte an der Primarschule abschafften. Doch der Aufschrei war gross, zwei Drittel der Gemeinden liessen auf eigene Kosten Biblische Geschichte unterrichten, und über 50 000 Zürcherinnen und Zürcher unterschrieben eine Initiative, welche die Wiedereinführung des Faches verlangt.

Diesem öffentlichen Druck hat der Bildungsrat unter Führung von Regine Aeppli nachgegeben. Erst hat er beschlossen, biblische Geschichten ins Fach Mensch und Umwelt einzubauen. Nun geht er noch einen Schritt weiter und will in der Primarschule das neue Fach Religion und Kultur einführen. Es soll für alle Kinder obligatorisch sein. Im Unterschied zur Biblischen Geschichte sollen die Eltern ihre Kinder auch nicht mehr abmelden können, weil sie sich in ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit beeinträchtigt fühlen.

Der Bildungsrat begründet diese Regelung damit, dass nicht nur über das Christentum gesprochen werde, sondern auch über andere Religionen. Dennoch wird in der Primarschule das Christentum im Zentrum stehen. «Die Kinder im Kanton Zürich wachsen in unserer christlich geprägten Gesellschaft auf. Sie sollen darum mit den Grundzügen und Werthaltungen des Christentums vertraut gemacht werden», schreibt der Bildungsrat.

Von anderen Glaubensrichtungen sollen Dinge angesprochen werden, die in der Lebenswelt der Kinder eine Rolle spielen. Sie sollen zum Beispiel erfahren, warum Juden und Muslime kein Schweinefleisch essen, warum die Muslime fasten und für die Juden der Sabbat der Sonntag ist. «Religion und Kultur» soll kein Bekenntnisunterricht sein, sondern Informationen über Religionen vermitteln. Gebetet wird in der Schule nicht. Das Fach soll nur von Lehrpersonen erteilt werden dürfen, die eine neue Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule abgeschlossen haben. Für neue Primarlehrpersonen soll es freiwillig sein, diese Unterrichtsbefähigung zu erlangen.

Der Lehrplan zum neuen Fach ist noch nicht geschrieben. Zuerst muss der Kantonsrat seine Zustimmung zu diesem Grundsatzkonzept geben. Dann soll das Volk über die Volksinitiative abstimmen.

Juden und Muslime reagieren positiv

In der Oberstufe (7. bis 9. Klasse) ist man schon einen Schritt weiter. Der Bildungsrat hat den Lehrplan für das neue Fach Religion und Kultur genehmigt. Im kommenden Schuljahr wird der Unterricht in maximal 50 Klassen erprobt. Im Unterschied zur Primarschule haben in der Sekundarschule alle fünf Weltreligionen den gleichen Stellenwert.

Die anderen grossen Glaubensgemeinschaften reagierten wohlwollend auf die Pläne des Bildungsrates. Feiga Haymann von der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich sieht den Entscheid als «Chance für alle». Solange es ein reiner Erkenntnis- und kein Bekenntnisunterricht wird, hat sie kein Problem, wenn das Christentum im Zentrum steht. Schliesslich kämen die Kinder in Zürich

weitaus am häufigsten mit dem Christentum in Kontakt. «Es ist auf jeden Fall viel besser, als die Biblische Geschichte ersatzlos zu streichen», sagt Haymann, die auch Schulpflegemitglied in Küsnacht ist.

Taner Hatipoglu, Vizepräsident der Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich, könnte sich vorstellen, dass es unter den Muslimen Widerstände geben könnte: «Solange ich nicht genau weiss, was unterrichtet werden soll, kann ich mich nicht festlegen.» Dennoch ist Hatipoglu der Meinung, dass muslimische Kinder nicht in der Schweiz aufwachsen können, ohne etwas über das Christentum zu erfahren. Bei der Erarbeitung des Lehrplans zum Oberstufenunterricht hat Hatipoglu selber mitgearbeitet. Dort hat er keine Vorbehalte.

Kantonsrätin Andrea Widmer Graf (FDP), die das neue Fach in der Primarschule mit einem dringlichen Postulat angeregt hatte, reagierte gestern erfreut über den Entscheid. Er sei mehrheitsfähig. Der Bildungsrat habe den richtigen Weg aus einer verworrenen Situation um die Biblische Geschichte gefunden. Das Fach Religion und Kultur fördere das friedliche Zusammenleben und das Verständnis zwischen den Kulturen. Gut findet Widmer Graf, dass das Christentum im Zentrum stehen soll: «Unsere Religion hat nicht den grösseren Wert als die anderen Religionen. Aber in der Erlebniswelt der Kinder den höheren Stellenwert.»

Für Regine Aepli ist das Hauptziel des neuen Faches, das Verständnis zwischen den Kulturen zu vertiefen: «Das Wissen über Religionen gehört zur Allgemeinbildung.» Darum sei es auch nötig, dass es keine Abmeldemöglichkeiten gibt. Im Unterschied zum alten biblischen Geschichtsunterricht werde die Aufgabenteilung zwischen Schule und Kirchen klarer gezogen. Aepli würde es begrüßen, wenn nun die Volksinitiative zurückgezogen würde. Ob es so weit kommt, ist noch nicht klar. Erst wollen die Initianten noch mehr über die Inhalte des neuen Unterrichts erfahren. EVP-Sekretär und Mitinitiant Peter Reinhard zeigt sich aber über den Vorschlag des Bildungsrates erfreut: «Unsere Initiative hat ihre Wirkung nicht verfehlt.»

© Neue Zürcher Zeitung; 08.03.2006; Seite 51; Nummer 56

Moderne Religionskunde an der Volksschule

Pilotphase auf der Oberstufe beginnt nach den Sommerferien

fur

Das neue Fach «Religion und Kultur» an der Zürcher Volksschule nimmt Gestalt an. An der Primarschule soll der Schwerpunkt auf dem Christentum liegen, auf der Oberstufe werden die grossen Weltreligionen gleichwertig behandelt. Weil es aber an ausgebildeten Lehrkräften fehlt, verzögert sich die Einführung. Vorerst beginnt im Sommer eine Pilotphase.

fur. Der Zürcher Volksschule steht eine komplette Erneuerung des Religionskunde-Unterrichts bevor. Auf der Oberstufe wurde ein neues Schulfach namens «Religion und Kultur» von langer Hand geplant; es soll den heutigen konfessionell-kooperativen Unterricht ablösen. An der Primarschule hat die Auseinandersetzung um die Abschaffung des Faches Biblische Geschichte und die Volksinitiative für dessen Wiedereinführung eine Reform ausgelöst. Auch dort soll - als Gegenvorschlag zur Initiative - ein neues Fach mit dem gleichen Namen eingeführt werden.

Wie der Bildungsrat am Dienstag mitteilte, hat er nun die Eckwerte für die Primarstufe festgelegt und für die Oberstufe den Lehrplan beschlossen. Der Religionskunde-Unterricht mit durchschnittlich einer Lektion pro Woche soll auf allen Stufen für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch sein, Abmeldungen sind nicht mehr möglich. Um die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Schule nicht zu verletzen, muss der Unterricht so weit als möglich «wertneutral» geführt werden, das heisst: Es wird über die Religionen unterrichtet und nicht in einen Glauben eingeführt. Die Schüler sollen die Grundzüge der Religionen, die Überlieferungen, Bräuche und kulturellen Ausdrucksformen sowie die Werthaltungen der Religionen kennen lernen. Religiöse Handlungen oder ein Bekenntnis zu einem Glauben hingegen sind nicht Teil des Unterrichts. Diese Bedürfnisse decken die Kirchen mit ihrem konfessionellen Religionsunterricht ab.

Volksinitiative vor dem Rückzug?

Auf der Primarstufe liegt der inhaltliche Schwerpunkt beim Christentum. Es sei die für die Gesellschaft im Kanton Zürich prägende Religion, hält der Bildungsrat fest. Darum sollen die Schulkinder zuerst diese Lebenswelt kennen lernen. Es sollen aber auch Kenntnisse anderer Religionen vermittelt werden, die in der Lebenswelt der Kinder erfahrbar sind, heisst es weiter. Die Fokussierung auf das Christentum entspricht Forderungen aus dem Kreis des Initiativkomitees für die Wiedereinführung des Faches Biblische Geschichte und könnte dazu führen, dass die Initiative zurückgezogen wird. Die Landeskirchen und der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband, die alle im Komitee vertreten sind, haben jedenfalls signalisiert, dass sie mit dem Konzept des neuen Faches einverstanden sind und die Initiative aus ihrer Sicht nicht aufrechterhalten werden soll. Auch die SP empfahl am Dienstag den Rückzug der Initiative. Für die EVP aber, die treibende Kraft hinter dem Volksbegehren, steht dies derzeit nicht zur Diskussion.

Auf der Oberstufe wird der Inhalt des Fachs breiter. Hier sollen neben dem Christentum die vier anderen grossen Weltreligionen Islam, Judentum, Buddhismus und Hinduismus gleichwertig behandelt werden. Für den neuen Lehrplan haben Vertreter dieser fünf Religionsgemeinschaften dem Bildungsrat die wichtigsten Inhalte geliefert. Sie sollen in sogenannten «Erkundungsgängen» vermittelt werden, das heisst: Von einer bestimmten Frage ausgehend, werden die Religionen aus verschiedenen Blickwinkeln behandelt. Dabei wird Wert auf forschendes Lernen gelegt. Die Inhalte sind klar definiert. So sollen die Religionen unter anderem auf einer historischen Ebene behandelt werden. Dazu gehören Fragen wie jene nach dem «Islam in der modernen Welt» oder nach der «Entstehung des modernen Israel». Weitere Bereiche sind das Gottesverständnis der Religionen, Feste und Bräuche sowie der Ausdruck der Religionen in Sprache und Kunst. Weiter soll auch auf die politische und gesellschaftliche Ebene eingegangen werden. Als Themen sind im Lehrplan etwa «Fundamentalismus» oder «totalitäre religiöse Bewegungen» aufgeführt.

Noch kein Termin für Einführung

Den Lehrkräften ist es freigestellt, diesen Unterricht ihrer Klasse selbst zu erteilen. Nötig ist dafür allerdings eine Zusatzausbildung. Für die Oberstufe ist ein Angebot der Pädagogischen Hochschule bereits vorhanden, denn geplant war ursprünglich, das Fach auf dieser Stufe auf den Schulanfang im Sommer 2007 flächendeckend einzuführen. Davon muss der Bildungsrat nun absehen. Bis dahin könnten nämlich nicht genügend Lehrkräfte ausgebildet werden, sagte Bildungsdirektorin Regine Aepli. Weil das neue Fach, im Gegensatz zum alten, ein reguläres Schulfach wird, kann es nur von diplomierten Lehrkräften unterrichtet werden. Der heutige Religionsunterricht indes wird zum Teil auch von Personen ohne Lehrerdiplom erteilt. Ob man auf diese Leute wirklich verzichten will, soll eine Pilotphase zeigen, die in diesem Spätsommer beginnt. Maximal 50 Oberstufen-Lehrkräfte sollen nach dem Lehrplan des neuen Faches unterrichten. Noch weiter weg ist die Einführung des

Faches auf Primarstufe. Darüber wird erst entschieden, wenn die Parlaments- und Volksentscheide über die Initiative und den Gegenvorschlag gefallen sind.
